

Vor hundert Jahren in Paris.

Aus dem Ratssaal der Kommune

Wie ging es im Ratssaal der Kommune zu, wenn soziale Fragen zur Debatte standen?

Folgendes bemerkenswerte Protokoll der Sitzung vom 25. April mag als Beispiel stehen für die respektheischende Leidenschaftlichkeit und Intensität, mit der die Männer im Hotel de Ville während der wenigen Wochen, die ihnen dafür zur Verfügung standen, um gerechte Lösungen der Existenzprobleme der Werktätigen rangen. Es geht hier um die Frage, wie die an die Leihhäuser verpfändeten Gegenstände am besten freizugeben seien.

„Der Bürger Avrial: Ich habe diesen Dekretentwurf auf Freigabe vorgelegt, weil wir zeigen müssen, dass wir uns um das Volk kümmern, das die Revolution vom 18. März gemacht hat. Das Volk, das von Schwarzbrot lebt, darf mit Recht verlangen, dass man sich um seine Leiden kümmert, und um es durch gesetzliche Massnahmen zufriedenzustellen, darf man sich nicht an einigen Millionen stossen. Die Leihhäuser müssen verschwinden. Inzwischen soll man den Tapferen, die jetzt in den Kampf ziehen, eine vorläufige Genugtuung geben.“

Der Bürger Léo Meillet: In den meisten Elendsvierteln haben die Spekulanten im Hinblick auf die künftigen Dekrete der Kommune bereits ihre Massnahmen getroffen. Nun, ich erkläre, es wäre unmoralisch, ihnen die im Leihhaus deponierten Werte zurückzugeben. Man muss erklären, dass kein im Leihhaus deponierter Gegenstand seinem wahren Besitzer ohne vorschriftsmässige Bestätigung von seiten des Maire seines Arrondissement zurückerstattet werden dürfe.“

Es folgt der entsprechende Entwurf.

„... Der .Bürger A. Arnould: Ich beantrage, dass die deponierten Gegenstände ohne Rücksicht auf das Datum der Verpfändung ausgeliefert werden dürfen. Ich unterstütze ausserdem den Antrag des Bürgers Avrial, das Leihhaus abzuschaffen und zu dekretieren, dass die Einlösung unentgeltlich zu erfolgen habe ... Für die Masse der Bevölkerung, die nicht wissen wird, wodurch wir die Leihhäuser ersetzen wollen, bedarf es einer ausführlicheren Erläuterung.“

Der Bürger Lafrancais:... Wenn Sie ganz einfach die Abschaffung der Leihhäuser und Spitäler anordnen, werden Sie für den Augenblick nur Verwirrung stiften. Bevor man sie abschafft, muss man sie überflüssig machen, und nur wenn wir ein ganzes Reformprogramm vorlegen, werden wir ein System schaffen können, das uns gestattet, das öffentliche Fürsorgewesen in allen seinen Formen - Hospize, Spitäler, Leihhäuser - zu beseitigen.

Der Bürger Urbain: Bürger, ich finde, dass beide Entwürfe eine grosse Lücke aufweisen. Man spricht von Werkzeugen, Möbeln und Wäschestücken: auf diese Weise schliesst man alle die Gegenstände aus, von denen Sie behaupten, es seien Luxusgegenstände. Es gibt gewisse Dinge, die in jedem Haus als Kostbarkeit gelten und die man nur im äussersten Notfall verpfändet, wenn der Hunger bereits spürbar geworden ist: so zum Beispiel den Ehering. (Einwürfe teils zustimmender, teils ablehnender Art.) Ich glaube, dass alle diese Gegenstände gleichfalls zurückgegeben werden sollten, und die Annahme meines Vorschlages darf nicht daran scheitern, dass das noch eine Million mehr kostet...

Der Bürger Jourde: ... Ich hoffe, Ihnen in einigen Tagen einen von der Kommission für Arbeit ausgearbeiteten Entwurf vorlegen zu können; ich werde Ihnen zeigen, auf welche Weise man diese Gesellschaften liquidieren und trotzdem Geld borgen kann, ohne zu den Wucherern Zuflucht zu nehmen.“

Wie man sieht, debattierte man in solchen Fällen oft recht hart und erwog alle für oder gegen die zu treffende Massnahme sprechenden Argumente mit grosser Gewissenhaftigkeit und noch grösserem Zeitaufwand. Mit einem Zeitaufwand, der vielleicht schon selbstmörderisch war, denn immerhin stand unmittelbar vor den Toren der Stadt, unversöhnlich und militärisch zusehends stärker werdend, der Klassenfeind... Das Leihhausdekret wurde am 7. Mai angenommen.

Am 2. April erliess die Kommune sodann ein Dekret über die Diäten für Kommunemitglieder. Sie wurden auf 15 Francs pro Tag festgesetzt.

Das Wort hierzu hat Arthur Arnould: „Dadurch, dass die Mitglieder der Kommune sich ungefähr die Summe bewilligten, die in Paris ein tüchtiger, intelligenter und fleissiger Arbeiter in einem guten Beruf verdiente, haben sie so uneigennützig gehandelt, dass es darüber nichts zu erörtern gibt. Für 15 Francs täglich nahm jeder von ihnen drei bis vier Funktionen wahr, von denen eine jede unter jeder Monarchie ebenso wie unter der Republik Mac Mahons auf 30'000 bis 100'000 Francs geschätzt wurde... Doch im gleichen Augenblick, da sich die

Kommune gegenüber ihren eigenen Mitgliedern und Angestellten so sparsam erwies, verdoppelte sie das Gehalt der Lehrer und Lehrerinnen; sie setzte es auf 2000 Francs fest und erhöhte das der Assistenten auf 1500 Francs... „

Zu den zahlreichen Massnahmen, durch welche die Kommunarden die Verwaltungsbürokratie des Klassenstaates zu zerschlagen und an ihrer Stelle demokratische Einrichtungen zu schaffen suchten, gehörte die politische Säuberung der Polizei. Parallel dazu ging es der Klassenjustiz an den Kragen. Das Volk sollte sich fortan seine Richter selber wählen, und wer wählbar war, konnte auch wieder abgewählt werden.

Und endlich verbot die Kommune am 19. Mai die Kumulierung mehrerer Gehälter durch ein und dieselbe, mehrere Funktionen wahrnehmende Person. Am gleichen Tag wurde ferner beschlossen, Beamte, die sich hatten bestechen lassen, oder die beim Stehlen von Volkseigentum erlappt worden waren, vor ein Kriegsgericht zu stellen und gegebenenfalls mit dem Tode zu bestrafen.

Im Endeffekt führten diese von den Kommunarden mit grosser Energie und auf breiter Front betriebenen Verwaltungsreformen dazu, dass wesentliche Teile der von den Versaillern nach dem 18. März durch gezielte Sabotage nahezu zum Zusammenbruch gebrachten öffentlichen Dienste binnen erstaunlich kurzer Frist zu neuem, zumindest in den Ansätzen merklich demokratisiertem Dasein erwachten. Dies entging auch der Gegenseite nicht.

Am 20. März 1871 rapportierte der Versailler Spion Domalin voller Sorge seinem Chef, dem Kriegsminister Leflô: „Hier werden die öffentlichen Dienste mit grossem Ernst reorganisiert. Sollten sich derartige Bewegungen durch irgendein Unglück auch irgendwo in der Provinz für länger behaupten können, dann weiss nur Gott allein, was uns blühen würde!“

Im Hinblick auf ihre gesellschaftsverändernde Sprengkraft weitaus am interessantesten sind jene sozialpolitischen Kommunedikrete, die sich mit arbeitsrechtlichen und arbeitsorganisatorischen Problemen befassen. An ihrem Zustandekommen waren die fünfzig zur Kommunezeit tätig gewesenen, nach Berufen organisierten Syndikatskammern, die dreiundvierzig Arbeiter-Produktionskooperativen, die sieben Konsumvereine und die vier Kooperationsrestaurants spürbar beteiligt.

Das erste dieser besonders revolutionären und zum Teil weit in die Zukunft weisenden Dekrete verfügte die sofortige Abschaffung aller am Arbeitsplatz verhängten Geldstrafen und Lohnabzüge. Es wurde am 27. April verabschiedet.

Aber auch neben ihrer gesetzgeberischen Tätigkeit befasste sich die Kommune nicht selten ausführlich mit arbeitsrechtlichen Angelegenheiten. So, als die Kommission für Arbeit, Industrie und Handel einige ihr zu Ohren gekommene krasse Fälle der Unterbezahlung von Uniformschneidern zur Debatte stellte. Bei dieser Gelegenheit forderte übrigens Frankel erstmals die Einführung des Achtstundentages. Ausserdem vernahm man in diesem Zusammenhang die Forderung, die Kommune möge ihre Aufträge fürderhin nur noch an Arbeiter-Kooperativen vergeben und die Unternehmer, die ohnehin lediglich Vermittlerfunktionen wahrnahmen, ausschalten. Als Beispiel dafür, wie die Kommune arbeitsrechtliche Fragen so lange immer wieder aufgriff, bis sie gelöst zu sein schienen, kann der Kampf um die Abschaffung der Nachtarbeit der Bäcker gelten.

Jean Villain.

(Aus dem Buch von Jean Villain „Die grossen 72 Tage“, ein Report über die Pariser Kommunarden, Verlag „Volk und Welt“, Berlin DDR).

Helvetische Typographia, 1971-04-07.

Arbeiterbewegung > Pariser Kommune. Jean Villain. 1971-04-07.doc